

Kiel, 7. April 2022

Wahlcheck zur Landtagswahl

Zukünftiges Wirtschaften

Das Beschaffungsvolumen der öffentlichen Hand hat Hebelwirkung und kann Impulse setzen für die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft und Internationale Handelsverträge dürfen nicht nachhaltige Entwicklung im Sinne der SDGs, demokratische Rechte und Sozial- und Umweltstandards gefährden.

1. Wie setzen Sie sich für Vorgaben zur nachhaltigen Beschaffung und eine Beschaffungspraxis, die Menschenrechte und Fairen Handel sichert, ein?

Unsere Wirtschaftspolitik orientiert sich an den 17 Globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDG). Mit der Einführung eines neuen Tariftreue- und Vergabegesetzes bekämpfen wir schlechte Arbeitsbedingungen in Schleswig-Holstein. Öffentliche Aufträge und öffentliche Förderung bekommt nur, wer seine Beschäftigten ordentlich behandelt und bezahlt. Mit uns gibt es kein Lohndumping auf Kosten der Beschäftigten. Wir werden verpflichtende Kriterien für ein nachhaltiges und soziales Beschaffungswesen und soziale Standards in das Tariftreue- und Vergabegesetz aufnehmen. Das Land als öffentlicher Auftraggeber muss hier eine Vorbildfunktion einnehmen.

2. Was planen Sie, damit Handelsverträge nachhaltige Entwicklung, demokratische Rechte, Sozial- und Umweltstandards wahren? Wie verhalten Sie sich zu Abkommen mit Investor-Staat-Schiedsgerichten?

Wir treten für faire Handelsbeziehungen ein und unterstützen die schleswig-holsteinische Wirtschaft bei der Umsetzung des Lieferkettengesetzes. In dem Zusammenhang begrüßen wir die Vereinbarung der Ampelkoalition: „Wir unterstützen ein wirksames EU-Lieferkettengesetz, basierend auf den UN-Leitprinzipien Wirtschaft und Menschenrechte, das kleinere und mittlere Unternehmen nicht überfordert. Das Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten wird unverändert umgesetzt und gegebenenfalls verbessert. Wir unterstützen den Vorschlag der EU-Kommission zum Gesetz für entwaldungsfreie Lieferketten und das von der EU vorgeschlagene Importverbot von Produkten aus Zwangsarbeit.“ Private

Streitschlichtungsmechanismen sollen abgeschafft und durch öffentliche Gerichte ersetzt werden. Wir stehen dazu, dass sich die Politik um die Geldanlagen des Landes Schleswig-Holsteins an sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitskriterien ausrichtet.

Umsetzung der Globalen Nachhaltigkeitsziele (SDG)

Die SDGs sind seit der letzten Legislaturperiode Chef*innen-Sache und die Umsetzung der SDG in der Staatskanzlei angesiedelt. Das begrüßen wir sehr, da der Umsetzungsprozess eine Vielzahl von Querschnittsaufgaben mit sich bringt, die nur so erfolgreich bearbeitet werden können. 2020 hat das Land SH seinen Nachhaltigkeitsbericht zur Umsetzung der SDG veröffentlicht und alle fünf Jahre fortgeschrieben werden soll. Die globale Perspektive mit wird lediglich im Handlungsfeld acht „Globale Verantwortung“ vorgebracht und nicht als Querschnittsthema gedacht und behandelt. Das ist zur Umsetzung der SDG nicht ausreichend.

3. Werden Sie dies Strukturen zur Umsetzung der SDG in SH beibehalten und hinsichtlich der globalen Perspektive SHs weiterentwickeln, wenn Ihre Partei in die Regierungsverantwortung kommt?

Die 17 globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 (SDGs) richten sich nicht nur an die Regierungen weltweit, sondern auch an die Zivilgesellschaft, die Privatwirtschaft und die Wissenschaft. Daher ist für uns klar, dass auch das Land Schleswig-Holstein im Rahmen seiner Möglichkeiten Verantwortung übernehmen muss. Denn die Herausforderungen unserer Zeit, wie die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine oder Wirtschafts- und Finanzkrisen sind globale Krisen, die nur gemeinsam gelöst werden können. Mit unserer Initiative zum Lieferkettengesetz im Jahr 2020 haben wir einen kleinen Beitrag geleistet. Denn es ist auch unsere Aufgabe, weltweit gute Arbeitsbedingungen und eine intakte Umwelt zu stärken – wenn auch nur im kleinen Maßstab.

Wir sind der Auffassung, dass die Umsetzung der SDGs als Querschnittsaufgabe in der Staatskanzlei angesiedelt sein muss. Nur so können wir dieser großen Aufgabe gerecht werden.

Globale Partnerschaften

Im Juni 2021 hat die Ministerpräsidentenkonferenz im Bereich Entwicklungszusammenarbeit festgehalten, dass es „Ein wichtiges Anliegen der Länder ist [es], Partnerschaften auf unterschiedlichen Ebenen zu initiieren, zu koordinieren und zu unterstützen. Die partnerschaftlichen Aktivitäten mit Staaten, Regionen, Provinzen im globalen Süden gilt es weiter zu verstetigen und auszubauen.“¹

4. Laut MPK im Bereich EZ ist es ein wichtiges Anliegen der Länder, Partnerschaften auf unterschiedlichen Ebenen zu initiieren, koordinieren und unterstützen. [1] Wie wird Ihre Partei sich dafür einsetzen?

¹ S. Anlage zu Tagesordnungspunkt 1.2 Entwicklungszusammenarbeit, Unterrichtung 19/308

Wir begrüßen die Vereinbarung der Ampel-Koalition im Bund, die Mittel für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit, für auswärtige Bildungs- und Kulturarbeit sowie die internationale Klimafinanzierung zu erhöhen. Wir sind uns auch als Land Schleswig-Holstein unserer Verantwortung bei der Bewältigung der globalen Krisen und der Bekämpfung der weltweiten Armut bewusst, die wir im Rahmen unserer Möglichkeiten übernehmen wollen und werden. Dafür ist es wichtig, Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens einzugehen. Wir unterstützen deshalb die Bildungsarbeit des Bündnisses Eine Welt ebenso wie die von Städte- und Schulpartnerschaften, Verbände- und Wirtschaftspartnerschaften mit Partner*innen in Ländern des Globalen Südens.

5. *Wir finden, dass Visumszugänge für Menschen aus dem globalen Süden für eine gerechte Welt erleichtert werden müssen. Werden Sie als Landesregierung Druck auf die Bundesregierung im Bereich Visa vornehmen?*

Wir werden uns - wie auch bisher – dafür einsetzen, dass Menschen, die in Deutschland eine berufliche und persönliche Perspektive finden wollen, nicht zwangsweise den unsicheren Weg eines Asylverfahrens gehen müssen, der letztlich oft in Kettenduldungen und Abschiebungen endet. Wir treten für eine moderne Zuwanderungsregelung ein, die aber auch Voraussetzungen dafür enthalten muss, dass die Menschen, die zu uns kommen, auch in unsere Gesellschaft integriert werden können.

Globales Lernen/ BNE

BNE und GL sind Bildungsansätze, welche die Gestaltungskompetenz einer solidarischen Welt fördern. Besonders die Akteur*innen aus der nonformalen Bildung bieten wichtige Impulse für ein Engagement für eine Nachhaltige Entwicklung. Das Land hat sich auf den Weg gemacht und dazu eine BNE-Landesstrategie verabschiedet.

6. *Welche Bedeutung messen Sie den zivilgesellschaftlichen Bildungsakteur*innen bei & wie werden Sie diese strukturell und finanziell fördern?*

Wir sehen bei BNE und Globalem Lernen zunächst die öffentlichen Einrichtungen, also die Schulen, in der Pflicht. Bei der Formulierung des Schulgesetzes vor rund 15 Jahren war es uns wichtig, diese Lernziele in § 4 zu verankern.

Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode ein Programm „#SchulederZukunftSH“ auf die Beine stellen, mit dem wir gemeinsam mit den kommunalen Schulträgern unsere Schulen nicht mehr wie bisher nur instand setzen, sondern mit Impulsen für den Schulbau von Stätten des Lernens zu Stätten des Lebens weiterentwickeln wollen. Dafür gibt es in Deutschland und im Ausland wegweisende Beispiele, über die wir uns bei einer größeren Veranstaltung von Experten aus Architektur und Schulpraxis haben informieren lassen. Wir suchen dabei nach Finanzierungswegen, die die Schulträger nicht überfordern.

Die bestehenden Förderungen für die zivilgesellschaftlichen Bildungsakteur*innen werden wir fortsetzen.

7. *BNE-Landesstrategie: Wir fordern ein Gremium aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik, welche strategischen Ziele und Aufgaben im Bereich BNE definiert sowie die Entwicklung und die Umsetzung der BNE-Landesstrategie begleitet. Wie steht ihre Partei/Fraktion zu diesem Vorschlag?*

Die von der Landesregierung vorgelegte „BNE-Strategie“ ist auf viel Kritik gestoßen, die wir teilen. Sie bleibt hinter dem, was zahlreiche Verbände und Institutionen in diesem Bereich seit langem leisten, weit zurück.

Themen wie BNE betreffen die Zukunft unserer gesamten Gesellschaft. Sie können nicht erfolgreich umgesetzt werden, wenn sich nur wenige Mitarbeiter*innen der Ministerien darum kümmern. Sie setzen einen gesamtgesellschaftlichen Dialog voraus. Wir werden deshalb den Vorschlag aufgreifen, zu diesem Thema – analog zum BNE-Kompetenzzentrum auf Bundesebene - ein Gremium zu bilden, in dem Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung zusammenwirken.

Landwirtschaft

Im Rahmen des 2021 abgeschlossenen Dialogprozesses vom MELUND, mit landwirtschaftlichen Akteur*innen wurden 24 Thesen für die „Zukunft der Landwirtschaft“ bis 2040 erarbeitet. Boden- und Landnutzung wurde lediglich mit der natur- und nährstoffspezifischen Problematik aufgegriffen, das sozioökonomische Problem der Aneignung von Boden in SH wurde jedoch vernachlässigt.

8. Wird Ihre Partei die bereits bestehenden Leitprinzipien im Sinne einer zukunftsfähigen, ressourcenschonenden, bäuerlichen Landwirtschaft umzusetzen und erweitern?

Unser Ziel ist eine nachhaltige Landwirtschaft – ökologisch verträglich, sozial gerecht, ökonomisch rentabel und am Tierwohl orientiert. Bisher honorieren die Märkte eine nachhaltige Produktion nicht mit fairen Preisen. Wir wollen, dass Agrarförderprogramme so ausgerichtet sind, dass eine nachhaltige Landwirtschaft in Schleswig-Holstein im Wettbewerb mithalten kann.

Wir begrüßen die Farm-to-fork-Strategie der EU. Aber wir brauchen eine Reform der GAP, damit wichtige Leistungen von Landwirt*innen für Naturschutz und Ernährungssicherheit honoriert werden und nicht der Besitz von Hektar. Aus den 24 Thesen müssen jetzt endlich Maßnahmen werden, die über den eigentlichen Produktionsbereich hinausgehen.

Wir wollen, dass sich die landwirtschaftlichen Familienbetriebe in Schleswig-Holstein zukunftsfest aufstellen können. Landwirtschaft ist ein prägender Wirtschaftszweig. Deshalb werden wir das landwirtschaftliche Vorkaufsrecht stärken, um branchenfremden Investoren Grenzen zu setzen. Die Preisspirale bei landwirtschaftlichen Pacht- und Kaufverträgen muss aufgehalten werden.